

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzung vom
27.04.2016 und 11.05.2016
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 15/SVV/0743
Fraktion DIE LINKE
 - 3.2 Nachbarschafts- und Begegnungshaus Potsdam West
Vorlage: 15/SVV/0891
Fraktion DIE LINKE
 - 3.3 Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Zusammenlegung der Biosphäre mit dem
Naturkundemuseum in der Biosphärenhalle
Vorlage: 16/SVV/0022
Fraktion CDU/ANW
 - 3.4 Erhaltung der Biosphäre als dauerhafte touristische Einrichtung
Vorlage: 16/SVV/0126
Fraktion DIE LINKE
 - 3.5 Erweiterung der Verantwortung der STEP für die Abfallentsorgung
Vorlage: 16/SVV/0122
Fraktion DIE LINKE
 - 3.6 Leitbild für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0275
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
 - 3.7 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte" , Konkretisierung des Leitbautenkonzeptes
für die Blöcke III und IV
Vorlage: 16/SVV/0269
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
 - 3.8 Verstetigung des Modellprojekts "Strukturierte Bürgerbeteiligung in Potsdam"
Vorlage: 16/SVV/0281
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
 - 3.9 Verfahren zur Rechtsauslegung von Satzungen
Vorlage: 16/SVV/0292
Fraktion CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen

- 3.10 Rahmenbedingungen und Beschluss zum Haushaltsaufstellungsverfahren 2017 (Eckwertebeschluss)
Vorlage: 16/SVV/0302
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Finanzen
- 4 Verständigung zur Einwohnerfragestunde
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Bericht - Entwicklung eines erweiterten Nutzungskonzeptes für das Café im Volkspark, gemäß Beschluss: 15/SVV/0464
- 5.2 Kooperationsvertrag der Landeshauptstadt Potsdam mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten - Zwischenbericht
Vorlage: 16/SVV/0278
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5.3 1. Zwischenbericht zum Lokalen Teilhabeplan "Teilhabe für Alle!" der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0296
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 5.4 Wirtschaftspläne 2016 der Unternehmen, an denen die Landeshauptstadt Potsdam mit mehr als 50 % beteiligt ist
Vorlage: 16/SVV/0298
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung
- 5.5 Vorbereitung der Interessenbekundung zur künftigen externen Trägerschaft der WerkStadt für Beteiligung
Vorlage: 16/SVV/0336
Oberbürgermeister, FB Wirtschaft, Kommunikation und Beteiligung
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2

**Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 27.04.2016 und 11.05.2016**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder sowie stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, folgende Tagesordnungspunkte **wegen fehlender Voten der Fachausschüsse zurückzustellen:**

- **3.1** - Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam, DS **15/SVV/0743**,
- **3.2** - Nachbarschafts- und Begegnungshaus Potsdam West, DS **15/SVV/0891**
- **3.3.** - Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Zusammenlegung der Biosphäre mit dem Naturkundemuseum in der Biosphärenhalle, DS **16/SVV/0022**
und damit auch
- **3.4** - Erhaltung der Biosphäre als dauerhafte touristische Einrichtung, DS **16/SVV/0126**, da diese zusammen beraten werden sollen.
- **3.5.** - Erweiterung der Verantwortung der STEP für die Abfallentsorgung, DS **16/SVV/0122**
- **3.6.** - Leitbild für die Landeshauptstadt Potsdam, DS **16/SVV/0275**.

Darüber hinaus auch den Tagesordnungspunkt

- **5.3** - 1. Zwischenbericht zum Lokalen Teilhabeplan "Teilhabe für Alle!" der Landeshauptstadt Potsdam, DS **16/SVV/0296**, da kein Vertreter des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt anwesend sein kann.

Anträge auf Rederecht:

Zum Tagesordnungspunkt 3.8 - Verstetigung des Modellprojekt "Strukturierte Bürgerbeteiligung in Potsdam", DS 16/SVV/0281 liegen Anträge auf Rederecht für Frau Bock, Deutsches Institut für Urbanistik, Herrn Vogt, Sprecher des Beteiligungsrates und Herrn Herzberg/ Frau Walter, Vorstand mitMachen e.V. vor.

Der Oberbürgermeister schlägt folgende **Änderung in der Reihenfolge** vor:
Die Tagesordnungspunkte 3.8 und 5.5 werden zusammen behandelt.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ soll, wie in der letzten Sitzung des Hauptausschusses angeregt, eine Verständigung zur Großen Anfrage der Fraktion DIE ANDERE erfolgen.

Die so **geänderte Tagesordnung** wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig **bestätigt**.

Die **Niederschrift** des öffentlichen Teils der 37. Sitzung des Hauptausschusses vom 27.04.2016 wird mit Stimmenmehrheit, bei 5 Stimmenthaltungen, **bestätigt**.

Die **Niederschrift** des öffentlichen Teils der 38. Sitzung des Hauptausschusses vom 11.05..2016 wird mit Stimmenmehrheit, bei 5 Stimmenthaltungen, **bestätigt**

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 15/SVV/0743

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 3.2 Nachbarschafts- und Begegnungshaus Potsdam West

Vorlage: 15/SVV/0891

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 3.3 Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Zusammenlegung der Biosphäre mit dem Naturkundemuseum in der Biosphärenhalle

Vorlage: 16/SVV/0022

Fraktion CDU/ANW

zurückgestellt

zu 3.4 Erhaltung der Biosphäre als dauerhafte touristische Einrichtung

Vorlage: 16/SVV/0126

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 3.5 Erweiterung der Verantwortung der STEP für die Abfallentsorgung

Vorlage: 16/SVV/0122

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 3.6 Leitbild für die Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 16/SVV/0275

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

zurückgestellt

**zu 3.7 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte" , Konkretisierung des Leitbautenkonzeptes für die Blöcke III und IV
Vorlage: 16/SVV/0269**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Der Oberbürgermeister informiert über die Empfehlungen der Ausschüsse für Finanzen, Bildung und Sport, Kultur und Wissenschaft sowie Gesundheit und Soziales der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr habe sich in Anlehnung an den Antrag der Fraktion DIE LINKE grundsätzlich (6/0/1) für die Durchführung der öffentlichen Einwohnerversammlung ausgesprochen.

Weiterhin empfiehlt er, der Beschlussvorlage mit folgenden Änderungen und Ergänzungen zuzustimmen, die dem Hauptausschuss mit den Stellungnahmen der Ausschüsse schriftlich vorliegen:

Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW v. 23.5.16

1. Bei der weiteren städtebaulichen Entwicklung der Blöcke III und IV in der Potsdamer Mitte ist das in Anlage 1 dargestellte Blockkonzept zur Verkehrsstruktur (1.2) zur besseren Erschließung der Bauten an der Friedrich-Ebert-Straße dahingehend zu prüfen, ob eine gemeinsame Verkehrsfläche für Fußgänger, Radfahrer und Lieferverkehr eingerichtet werden kann.

Gegebenenfalls mit zeitlicher Begrenzung der Nutzung durch den Lieferverkehr.

2. Bei den allgemeinen Verfahrensgrundsätzen (Anlage 3) wird unter Ziffer 6 erster Absatz der 2. Satz gestrichen und durch den Satz „Die Vergabe von mehreren benachbarten Losen an einen Bieter ist ausgeschlossen.“ ersetzt.

(Abstimmungsergebnis 6/0/1)

Änderungs-/Ergänzungsantrag der Fraktionen B90/Die Grünen, CDU/ANW, SPD v. 24.05.2016

Folgende Änderungen und Ergänzungen sind bis zum 30.05.2016 in die Anlagen einzuarbeiten:

1. Anlage 2, Seite 4, Z. 2.2. Ergänzung:
Auf mindestens 1/3 der Wohnfläche sollen miet- und belegungsgebundene und Studentenwohnungen ermöglicht werden.(s. Karte 1.3)

(Abstimmungsergebnis: 6/1/0)

2. Anlage 2, Seite 4, Z.2.4.Ergänzung:
Sobald es das Verfahren zulässt, werden die Entwürfe und Nutzungskonzepte der Öffentlichkeit vorgestellt.

(Abstimmungsergebnis: 7/0/0)

3. Anlage 2, Seite 7 L.1.3.3. Zeile 4 Änderung:
drei Fugen

redaktionelle Änderung (Abstimmungsergebnis: 5/0/2)

4. Anlage 2, Seite 8 L.1.3.5. - Ergänzung:
und hochstehend ausgebildet sein.

(Abstimmungsergebnis: 5/1/1)

5. Anlage 2, Seite 10 L.5.1. - Ergänzung:
Das gilt auch für eine zurückhaltende, mit den Nachbarn abzustimmende
Farbwahl der Putzfassaden.

(Abstimmungsergebnis 4/1/2)

6. Zu den Grundstückspässen Schloßstr. 5; Am Alten Markt 16 und 15; Friedrich-
Ebert-Str. 4 - Änderung:
statt V+ sollen IV+ Geschosse in der Straßenansicht angegeben werden

(Abstimmungsergebnis: 6/0/1)

7. Zu den Grundstückspässen Am Kanal 40/41 - Änderung:
keine Fuge, Am Kanal 41 ist in voller Breite am Originalstandort auszubilden,
Am Kanal 40 ist entsprechend anzupassen, "eindeutig" streichen

Ergänzung:
Besondere Gestaltungsanforderungen in Bezug auf das Vorbild Huis Trip

(Abstimmungsergebnis: 5/0/2)

Anschließend bringt Herr Goetzmann, Leiter des Fachbereiches Stadtplanung
und Stadterneuerung die Beschlussvorlage ein, gibt einen Überblick über die in
den Ausschüssen geführte Diskussion und erläutert die vorliegenden Änderungs-
und Ergänzungsvorschläge aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und
Verkehr.

Auf eine Anmerkung von Herrn Kirsch zum Änderungsantrag der Fraktion DIE
LINKE bezüglich der durchzuführenden Einwohnerversammlung, betont Herr
Goetzmann, dass diese Thematik in den Fachausschüssen eher grundsätzlich
betrachtet worden sei, so dass die Einwohnerversammlung nicht unmittelbar mit
der Beschlussfassung dieser Vorlage im Zusammenhang gesehen worden sei.

Herr Dr. Scharfenberg führt dazu aus, dass er den Änderungs- und
Ergänzungsvorschlägen aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und
Verkehr zustimmen könne. Gleichzeitig frage er sich aber, ob die Fraktionen die
Chance hatten, sich damit zu befassen. Aus diesem Grund habe er Zweifel an
der Richtigkeit des Verfahrens. Bezüglich des Ergänzungsantrags der Fraktion
DIE LINKE hätten die Ausschüsse diesem inhaltlich zugestimmt, so dass damit
vor der Beschlussfassung zu einem Leitbautenkonzept eine
Einwohnerversammlung durchzuführen sei, um die Maßgabe des geplanten
Beschlusses vorzustellen und zu diskutieren.

Frau Hüneke bestätigt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und
Verkehr positiv für die Durchführung einer Einwohnerversammlung votiert, damit
aber keine aufschiebende Wirkung der Beschlussfassung gesehen habe. Unter

anderem deshalb, weil im Vorfeld zahlreiche Veranstaltungen, z. B. beim Sanierungsträger stattgefunden hätten, in denen das Anliegen der Fraktion DIE LINKE eingeflossen sei.

Herr Dr. Scharfenberg betont nachdrücklich, dass die Zustimmung zum Ergänzungsantrag seiner Fraktion auf eine Einwohnerversammlung vor der Beschlussfassung hinauslaufe und diese damit noch vor der Sommerpause möglich sei. Wenn Bürgerbeteiligung in der Stadt wirklich ernst genommen werde, dann sei das hier die eine Bewährungsprobe. Sollte das nicht gewollt sein, müsse der Ergänzungsantrag abgelehnt werden.

Herr Szilleweit fragt, warum die Beschlussfassung so beschleunigt werde und ob mit dem Beschluss Tatsachen geschaffen würden, die Einfluss auf das Ergebnis eines Bürgerentscheids hätten.

Darauf entgegnet der Oberbürgermeister, dass dem ein Verfahren zu Grunde liege, mit dem erst die Unterschriften zu sammeln seien, sich daran eine Prüfung ihrer Zulässigkeit anschließe und dann die Stadtverordnetenversammlung das Anliegen würdigen müsse. Deshalb sei es wenig sinnvoll im Vorgriff auf das Ergebnis die Frage zu stellen, ob der Beschluss diesbezügliche Auswirkungen habe. Natürlich werde mit der Beschlussfassung einiges in Gang gesetzt, wie z. B. die Ausschreibung der Grundstücke. Wenn die Fachhochschule im nächsten Jahr das Grundstück verlasse, wolle die Stadt Klarheit darüber, wie welche Grundstücke bebaut werden, um eine jahrelange Brache zu vermeiden und einen zügigen Baubeginn zu forcieren.

Herr Schüler bestätigt, dass auch im Ausschuss für Finanzen nach der grundsätzlichen Zustimmung zu einer Einwohnerversammlung gefragt worden sei, aber eben ohne Zusammenhang zu einer Beschlussfassung. Dem schließt sich Herr Kirsch für den Ausschuss Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr an. Er frage sich, was das eigentliche Ziel der Fraktion DIE LINKE sei; bislang höre er nur, dass der Prozess aufgehalten werden solle – er wolle dem Antrag zustimmen und endlich eine Entwicklung auf den Weg bringen. Es sei höchste Zeit, dass es vorangehe und er meine, die Bürger wollen das auch.

Nach einer weiteren kontroversen Diskussion betont der Oberbürgermeister, dass es zahlreiche Ausschusssitzungen gegeben habe, in denen hätten Alternativen diskutiert werden können. Seitens der Fraktion DIE LINKE wisse er nicht, was konkret geändert werden solle – er sehe nur, dass formalisierte Verfahrensfragen angemahnt werden. Er erwarte, dass inhaltliche Beiträge geliefert werden, mit denen man sich auseinandersetzen könne.

Herr Szilleweit äußert sein Unverständnis über die Diskussion. Bei jedem Flüchtlingsheim werde eine Einwohnerversammlung durchgeführt. Klarheit in der Sache werde erst im Bürgerentscheid geschaffen, so dass es aus seiner Sicht jetzt keinen Sinn mache, Entscheidungen zu treffen, die später wieder zu ändern seien.

Frau Hüneke meint, dass ein Bürgerentscheid erst als Reaktion auf eine Beschlussfassung Sinn mache, denn erst dann könne man dazu „ja“ oder „nein“ sagen.

Herr Heuer verweist auf die dazu in den vergangenen Jahren gefassten Beschlüsse und darauf, dass sich der Verzug aus dem späteren Abriss der Fachhochschule ergebe. Herr Kolesnyk betont, dass das Leitbautenkonzept elementar für die Belebung dieses Teils der Stadt sei, der jahrelang nicht entwickelt wurde.

Herr Schubert führt aus, dass es in dem Bürgerbegehren nicht um ein Bbauungskonzept gehe, sondern darum die Entwicklung zu stoppen, in dem die Grundstücke nicht verkauft werden sollen.

Der Oberbürgermeister betont, dass es unterschiedliche Interpretationen des Votums der Ausschüsse zum Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE gebe, so dass er vorschlage, diesen in der vorliegenden Fassung zur Abstimmung zu stellen. Gegen seinen Vorschlag, die Empfehlungen zur Änderung/Ergänzung der Vorlage insgesamt zur Abstimmung zu stellen, erhebt sich kein Widerspruch.

Abstimmung:

Die Empfehlungen zur Änderung/Ergänzung der Vorlage entsprechend dem Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, wird

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei 5 Stimmenthaltungen.

Abstimmung:

Der Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit dem der Oberbürgermeister aufgefordert wird, im Vorfeld der Beschlussfassung zu dieser Vorlage eine Einwohnerversammlung zur öffentlichen Vorstellung und Diskussion der Konkretisierung des Leitbautenkonzeptes durchzuführen, wird

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,

bei 5 Ja-Stimmen.

Abstimmung:

Die Empfehlung schnellstmöglich (noch im Sommer) eine Bürgerversammlung durchzuführen, wird

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei 1 Stimmenthaltung.

Die Fraktion DIE LINKE gibt zu Protokoll, dass sie an dieser Abstimmung nicht teilgenommen hat.

Die so geänderte Beschlussvorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, einschließlich der vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen wie folgt zu beschließen:

1. In Konkretisierung des "Integrierten Leitbautenkonzeptes" (DS 10/SVV/0412) soll die weitere städtebauliche Entwicklung der Blöcke III und IV in der Potsdamer Mitte entsprechend der in **Anlage 1** dargestellten Blockkonzepte sowie unter Zugrundelegung der Ziele und Leitlinien gemäß **Anlage 2** erfolgen.
2. Die für die Ausschreibung/Vergabe der im Treuhandvermögen befindlichen Grundstücke der Blöcke III und IV in der Potsdamer Mitte sind die Allgemeinen Verfahrensgrundsätze gemäß **Anlage 3** anzuwenden.
3. Bestandteil der Ausschreibung der im Treuhandvermögen befindlichen Grundstücke in den Blöcken III und IV sind die konkretisierten Vorgaben zu Gestaltung und Nutzung in den Grundstückspässen gemäß **Anlage 4**.

4. Zur planungsrechtlichen Sicherung der Umsetzung des konkretisierten Leitbautenkonzeptes sind nach § 2 Abs. 1 BauGB für das Quartier III der Bebauungsplan SAN-P 18 „Friedrich-Ebert-Straße/Steubenplatz“ gemäß **Anlage 5** und für das Quartier IV der Bebauungsplan SAN-P 19 „Friedrich-Ebert-Straße/Am Kanal“ gemäß **Anlage 6** aufzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	12
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	0

zu 3.8 Verstetigung des Modellprojekts "Strukturierte Bürgerbeteiligung in Potsdam"

Vorlage: 16/SVV/0281

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Gemäß den beschlossenen Änderungen in der Tagesordnung, werden die Punkte 3.8 und 5.5. zusammen behandelt.

Herr Jetschmanegg, Leiter des Fachbereiches Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, bringt die Vorlage ein und verweist darauf, dass mit Beschluss 12/SVV/0539 das Projekt begleitend evaluiert und dafür das DIFU (Deutsches Institut für Urbanistik) genutzt worden sei. Mit der jetzt vorliegenden Vorlage werde die Verstetigung dieses Modellprojekts vorgeschlagen. Soweit die Stadtverordnetenversammlung dem in ihrer Sitzung am 01. Juni 2016 zustimme, werde das in der Mitteilungsvorlage DS 16/SVV/0336 beschriebene Interessenbekundungsverfahren gestartet. Im Weiteren werde mit der Mitteilungsvorlage dargelegt, was die Verwaltung plane, wer die Beteiligten sein sollen und welche Aufgaben anstehen.

Anschließend erhält Frau Bock, Deutsches Institut für Urbanistik, das Rederecht und skizziert in ihren Ausführungen die Ergebnisse der Evaluierung und die Empfehlung des DIFU, das Modellprojekt zu verstetigen und alle drei Bausteine beizubehalten. Sie betont, dass dieses Projekt bundesweit einzigartig sei, in dem Verwaltung und Externe zusammenarbeiten, mit dem Ziel, die Verwaltung zu unterstützen und die Bürgerschaft zu aktivieren. Die Evaluierung erfolgte mit einem positiven Ergebnis, nämlich dass sich die Bürgerbeteiligung qualitativ und quantitativ weiterentwickelt habe, vieles in Richtung Bürgerbeteiligung durch diesen Aktivierungsschub passiert sei und deshalb vorgeschlagen werde, dieses Vorhaben zu verstetigen.

Der Oberbürgermeister dankt für die fachliche Begleitung und spricht sich dafür aus, das Ergebnis des Vorhabens und der Evaluierung wert zu schätzen.

Herr Vogt äußert sich als Sprecher des Beteiligungsrates in seinem Redebeitrag zum Modellprojekt aus Sicht des Beteiligungsrates und spricht sich ebenso für eine Verstetigung des Modellprojektes aus. Auch der Beteiligungsrat sehe einen messbaren Gewinn für die Stadt, empfehle aber, auch nach der Verstetigung weiterhin zu evaluieren. Zu prüfen sei, ob sich die Zusammensetzung des Beteiligungsrates so bewährt habe und beibehalten werden solle.

Herr Herzberg, Vorstand mitMachen e.V. führt aus, dass der Verein als externer Träger mitgewirkt habe und zieht ein positives Resümee des Modellprojekts. Er

wirbt dafür, die erreichte Qualität zu halten und zu prüfen, ob die dafür zur Verfügung stehenden Ressourcen gut verteilt seien. Er würde gern mit den Stadtverordneten ins Gespräch kommen und stehe auch den Fraktionen dafür zur Verfügung.

Im Ergebnis, so der Oberbürgermeister, seien zwei Problemfelder angesprochen worden – zum einen die Notwendigkeit der externen Evaluation und zum anderen die Zusammensetzung des Beteiligungsrates. Herr Jetschmanegg verweist auf den Punkt 4 der Beschlussvorlage, der diese Problemfelder aufgreife und einen entsprechenden Beschlussvorschlag für die Stadtverordnetenversammlung vorsehe.

Frau Dr. Müller führt aus, dass die Problemlagen in beiden Vorlagen sehr abstrakt formuliert seien und sich das erst auflöse, wenn man den DIfU-Bericht als Bestandteil der Beschlussvorlage sieht. Dieser enthalte konkrete Empfehlungen, die sich im Beschlusstext nicht wiederfinden. Im Weiteren verweist sie darauf, das Verhältnis Ressourcen und Aufgabenstellung genauer zu betrachten und klarer zu formulieren, worauf das Augenmerk gerichtet ist bzw. wo die Gewichtung liege.

Herr Schubert führt aus, dass die Kombination interne/externe Struktur umstritten gewesen sei und nun mit positivem Ergebnis fortgesetzt werden könne.

Frau Dr. Schröter spricht sich dafür aus, der Verstetigung zuzustimmen und freut sich über die positive Bewertung des Modellprojekts, was sich an konkreten Beispielen, wie der Heidesiedlung festmache. Bei anderen Themen, wie der „Garnisonkiche“ oder dem „mercure“ hätte sie sich mehr gewünscht; die differenzierte Wirksamkeit in der Praxis zeige die heute geführte Diskussion zum Leitbautenkonzept.

Bezug nehmend auf den letzten Punkt der Ausführungen von Frau Dr. Schröter betont der Oberbürgermeister, dass die Bürgerbeteiligung kein Instrument zum Ausschluss politischer Kontroversen sei. Bezug nehmend auf die Ausführungen von Frau Dr. Müller erläutert er, dass deshalb nicht alle Ergebnisse des DIfU in der Beschlussvorlage zu finden seien, weil einiges weiter geprüft und konkrete Aussagen dazu getroffen werden müssen.

Im Ergebnis stellt er fest, dass einerseits ein gutes Konzept benötigt werde und es aber andererseits von Menschen getragen werden müsse. Stellvertretend für alle Beteiligte bedankt er sich bei Herrn Herzberg, Herrn Jonas und Herrn Jetschmanegg, die dazu beigetragen haben, dass das Modellprojekt über alle Fraktionen hinweg ein hohes Maß an Anerkennung erlangt habe.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Die mit dem Beschluss 12/SVV/0539 als zunächst befristetes Modellprojekt „Strukturierte Bürgerbeteiligung in Potsdam“ geschaffenen Einrichtungen Beteiligungsrat und WerkStadt für Beteiligung gehen nach dem Ende der Modelllaufzeit am 31. Oktober 2016 als dauerhafte Einrichtungen in den unbefristeten Regelbetrieb.
2. Die in der begleitenden Evaluation durch das Deutsche Institut für Urbanistik (DIFU) ausgesprochenen Empfehlungen für eine Fortführung finden hierbei Berücksichtigung. Im Einzelnen sind dies:
 - Die Rollen und Aufgabenprofile der beiden Hälften der WerkStadt für Beteiligung werden deutlicher abgegrenzt schriftlich fixiert.
 - Die WerkStadt für Beteiligung führt ein strategisches Projektmanagement

ein. Im Zuge dessen konzentriert es sich stärker auf die Entwicklung und Umsetzung strategisch-konzeptioneller Bausteine mit denen Angebote zur Qualitätssteigerung von Beteiligungsprozessen geschaffen werden. Diese sind sowohl an die Einwohnerschaft als auch an die Verwaltung und Politik gerichtet. Hierzu gehört u.a. die Umsetzung des bereits geplanten Beteiligungsatlases.

- Die WerkStadt für Beteiligung wird Auswahl- und Bewertungskriterien entwickeln, mit denen Art und Umfang der Unterstützung von konkreten Beteiligungsprozessen nach einer objektivierten Methode entschieden werden kann.
 - Es wird geprüft, mit welchen Gremien/Methoden ein dauerhafter verwaltungsweiter Austausch zu Stärkung der Beteiligungskultur angestoßen werden kann.
Der Hauptausschuss erhält jährlich einen Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen.
3. Zur Auswahl der künftigen Trägerschaft des verwaltungsexternen Teils der WerkStadt für Beteiligung wird eine Vorlage nach der Sommerpause 2016 im Hauptausschuss der Landeshauptstadt Potsdam eingebracht.
 4. Zur Frage der inneren Verfasstheit des Beteiligungsrats wird im IV. Quartal 2016, unter Berücksichtigung der dort gewonnenen Ergebnisse und der Hinweise der Evaluation durch das Deutsche Institut für Urbanistik, eine Vorlage in die SVV eingebracht.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 5.5 Vorbereitung der Interessenbekundung zur künftigen externen Trägerschaft der WerkStadt für Beteiligung

Vorlage: 16/SVV/0336

Oberbürgermeister, FB Wirtschaft, Kommunikation und Beteiligung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 3.9 Verfahren zur Rechtsauslegung von Satzungen

Vorlage: 16/SVV/0292

Fraktion CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen

Herr Finken bringt den Antrag in einer neuen, mit der Verwaltung abgestimmten Fassung ein, die anschließend zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

der Stadtverordnetenversammlung ein geeignetes Verfahren vorzuschlagen, mit dem zukünftig Meinungsverschiedenheiten **zwischen der Stadtverordnetenversammlung und der Verwaltung** zum Regelungsinhalt von Satzungen **möglichst frühzeitig und vor einschlägigen Entscheidungen ausgeräumt** und dessen Auslegung zwischen der Stadtverordnetenversammlung und der Verwaltung vermieden werden können.

Ein Zwischenbericht soll zum Ende des 3. Quartals erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	3

zu 3.10 Rahmenbedingungen und Beschluss zum Haushaltsaufstellungsverfahren 2017 (Eckwertebeschluss)**Vorlage: 16/SVV/0302**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Finanzen

Herr Exner bringt die Vorlage ein und erläutert diese an Hand einer Power-Point-Präsentation (im Ratsinformationssystem als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigefügt).

Im Anschluss beantwortet er die Nachfragen von Herrn Dr. Scharfenberg zu möglichen Mehrbedarfen im Zuge der Funktionalreform und zu realistischen Chancen, den Campus der Stadtverwaltung wegen fehlender Fördermittel mit Geldern der Stadt und des KIS zu sanieren.

Bezüglich der Funktionalreform gebe es noch keine konkreten Zahlen; Erfahrung sei jedoch, dass Kommunen im Zuge dessen nicht besser gestellt werden. Bezüglich der Sanierung des Verwaltungscampus seien die Aussichten auf eine Förderung, die über das Stadthaus hinausgehe, schlecht. Deshalb sei davon auszugehen, dass eine Mischform aus eigenen Mitteln und aufzunehmenden Krediten gewählt werden müsse.

Herr Heuer betont, dass im Ausschuss für Finanzen diese Rahmenbedingungen und der Beschluss zum Haushaltsaufstellungsverfahren sehr intensiv debattiert und zwei Prämissen festgelegt worden seien:

Zum einen werde der Ausschuss keine Änderungsanträge zum Haushalt 2017 ohne Nennung einer Deckungsquelle beraten; ebenso keine Anträge, die Auswirkungen auf den noch nicht aufgestellten Haushalt 2017 haben.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Grundlagen für die detaillierte Haushaltsaufstellung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017 sind:
 - die Planwerte der mittelfristigen Ergebnisplanung, die mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 für das Haushaltsjahr 2017 ff. vorgegeben wurden und
 - das aus der mittelfristigen Ergebnisplanung abgeleitete gesamtstädtische Budget unter zusätzlicher Berücksichtigung von Handlungsschwerpunkten der wachsenden Stadt für das Haushaltsjahr 2017.
2. Für das Haushaltsjahr 2017 wird der Gesamtfehlbetrag des Ergebnishaushaltes auf eine maximale Höhe von 13 Mio. EUR begrenzt. Der Fehlbetrag wird über Ersatzdeckungsmittel (Rücklagen) ausgeglichen.
3. Zur notwendigen Absicherung pflichtiger Leistungen können Umschichtungen innerhalb der Budgets gemäß Haushaltssatzung vorgenommen werden.

4. Etwaige Veränderungen bei nichtzahlungswirksamen Erträgen und Aufwendungen gegenüber dem Planungsstand dieses Verfahrensbeschlusses (Eckwertebeschluss) ermächtigen nicht zur Planung zusätzlicher zahlungswirksamer Erträge und Aufwendungen.
5. Die Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung im Rahmen der Fortschreibung und Umsetzung des Zukunftsprogramms (ZP) werden weiter intensiviert. Dies schließt eine Aufgabenkritik mit ein.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **12**
Ablehnung: **1**
Stimmenthaltung: **3**

zu 4 Verständigung zur Einwohnerfragestunde

Bezüglich der vorliegenden Fragen zur Einwohnerfragestunde schlägt der Oberbürgermeister vor, die Fragen 1, 3 und 7 zu beantworten. Die Frage 2 sollte nicht im Rahmen der Einwohnerfragestunde beantwortet werden, weil hier eine Berichtspflicht gegenüber dem Hauptausschuss bestehe und die Problematik den Fragesteller persönlich betreffe. Die Fragen 4, 5 und 6 sind gemäß § 4 Pkt. 2 Hauptsatzung von der Beantwortung ausgeschlossen, da die Inhalte bereits Gegenstand der gleichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung sind.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Bericht - Entwicklung eines erweiterten Nutzungskonzeptes für das Café im Volkspark, gemäß Beschluss: 15/SVV/0464

Herr Müller-Zinsius, Geschäftsführer der Pro Potsdam erläutert an Hand einer Power-Point-Präsentation, die im Ratsinformationssystem dem Tagesordnungspunkt als Anlage beigefügt ist,

- die derzeitige Situation des Cafés am Wasserspielplatz,
- die Zielsetzung gem. des Beschlusses 15/SVV/0464,
- den Sachstand der Verpachtung,
- im Pachtvertrag verankerte Ziele des erweiterten Nutzungskonzeptes sowie
- die Ergebnisse der Untersuchung möglicher Aus- und Umbaumaßnahmen.

Er verweist abschließend auf die Kosten der 4 dargestellten Varianten, die letztlich durch die Stadt zu tragen seien. Eine entsprechende Entscheidung müsse sicher unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Haushaltssituation getroffen werden.

Herr Finken betont, dass eine Erweiterung für diesen Stadtteil dringend benötigt werde und Möglichkeiten im Zuge der Gleichbehandlung mit anderen Stadtteilen geprüft werden müssen.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich dafür aus, den Oberbürgermeister zu

beauftragen, Wege zu finden, dieses Defizit mit dem Stadthaushalt kostenneutral aufzulösen.

Der Oberbürgermeister seinerseits plädiert für eine Abwägung mit dem Konzept zur Weiternutzung der Biosphäre mit dem auch derartige Möglichkeiten durchaus gegeben sein können.

zu 5.2 **Kooperationsvertrag der Landeshauptstadt Potsdam mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten - Zwischenbericht**

Vorlage: 16/SVV/0278

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Der Oberbürgermeister verweist auf die Verabredung in der letzten Sitzung des Hauptausschusses, etwaige Änderungen und Ergänzungen zum Fragenkatalog einzureichen und diese im Hauptausschuss abzustimmen.

Die eingegangenen Änderungen und Ergänzungen liegen allen Mitgliedern des Hauptausschusses vor und werden im Einzelnen wie folgt vorgetragen und abgestimmt:

Antrag Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen:

Im Anschreiben, Absatz 2, Satz 2

Stifter sind die Bundesrepublik Deutschland, Berlin und Brandenburg.

Korrekturhinweis: Lediglich die Länder Berlin und Brandenburg sind Stifter, der Bund ist lediglich Zuwendungsgeber qua Bundestagsbeschluss.

Empfehlung: "Stifter sind die Länder Berlin und Brandenburg, der Bund ist Zuwendungsgeber."

Die vorgeschlagene Formulierung wird von der Verwaltung übernommen.

Antrag Fraktion DIE LINKE:

Anschreiben, neuer Satz 6:

„Dabei fragen wir Sie bewusst auch Dinge, die gemäß Stiftungsordnung in den Parks nicht erlaubt sind und auf die die Landeshauptstadt Potsdam keinen Einfluss hat.“

Vorschlag neu zu formulieren: "Dabei fragen wir Sie [...]. Wir wollen jedoch bei den Verhandlungen über einen neuen Kooperationsvertrag mit der Stiftung die berechtigten Interessen der Potsdamerinnen und Potsdamer vertreten und uns dabei auf ein möglichst breites Meinungsbild aus der Bevölkerung stützen können."

Der Oberbürgermeister schlägt folgende Fassung vor, da diese Erläuterung die Nachvollziehbarkeit verbessert, aber etwas verkürzt wurde:

"Bei künftigen Verhandlungen über einen Kooperationsvertrag soll sich die Landeshauptstadt Potsdam jedoch auf ein möglichst breites Meinungsbild der Bevölkerung und ihrer Interessen stützen können."

Gegen diesen Formulierungsvorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Antrag Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen:

Fragen Nr.4, 7 und 10

- Möglichkeiten zum Skaten**

- Nutzung des Parks im Winter zum Rodeln und Langlauf**
- Angebot an Hundewiesen**

Vorschlag: 1. Alle Fragen mit ** werden gestrichen. (das sind die in den Parks unzulässigen Nutzungen, in der Folge müssten dann auch die Hinweise auf unzulässige Nutzungen in den erläuternden Texten gestrichen werden).

Der Oberbürgermeister empfiehlt, diesen Vorschlag nicht zu übernehmen.

Abstimmung:

Der Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**, bei 2 Ja-Stimmen.

Antrag Fraktion CDU/ANW

Frage Nr.11

- Nein, der Park muss allen kostenlos zur Verfügung stehen.

Änderungsvorschlag: Nein, der Park muss allen kostenlos zur Verfügung stehen. Wir sind bereit, für die Parkpflege auf eine Million Euro oder mehr bzw. auf andere Leistungen aus dem städtischen Haushalt zu verzichten.

Der Oberbürgermeister empfiehlt, diesen Vorschlag nicht zu übernehmen, da Verhandlungsspielräume vorab einengt werden.

Abstimmung:

Der Vorschlag der Fraktion CDU/ANW wird mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**, bei 2 Ja-Stimmen.

Antrag Fraktion DIE aNDERE

Abschnitt C

Änderungsvorschlag: 1. Hinter den Komplex (C) "Park Sanssouci" ist der Komplex "BUGA-Volkspark" einzufügen, der das Frageraster für die zuvor abgefragten Parks auch für den BUGA-Volkspark übernimmt (ohne Fußnoten).

Der Oberbürgermeister empfiehlt, diesen Vorschlag nicht zu übernehmen.

Abstimmung:

Der Vorschlag der Fraktion DIE aNDERE wird mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**, bei einer Ja-Stimme.

Antrag Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen

Abschnitt D

Änderungsvorschlag: 2. Im einführenden Text zu Komplex D (Eintritt für den Park Sanssouci) wird hinter dem Satz "Der Stiftungsrat hat beschlossen, ... einen pflichtigen Parkeintritt ... einzuführen." eingefügt:

"Im Einzelnen soll der vorgesehene Parkeintritt in der Saison von April bis Oktober in der Zeit zwischen 9 und 18 Uhr erhoben werden. Dabei soll eine Tageskarte 2 €, ermäßigt 1 € kosten und es soll eine Jahreskarte zum Preis von 12 €, ermäßigt 6 € angeboten werden. Für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre

soll der Zugang zum Park kostenfrei bleiben."

Der darauf folgende Satz erhält folgende Fassung:

"Die Landeshauptstadt Potsdam kann den Parkeintritt dadurch abwenden, dass sie sich der SPSG gegenüber vertraglich verpflichtet, jährlich einen angemessenen Betrag an die SPSG zuzuwenden."

Die Fragen 12 und 14 werden gestrichen.

Der Oberbürgermeister empfiehlt, diesen Vorschlag nicht zu übernehmen, da Verhandlungsspielräume bereits vorab unnötig einengt werden.

Abstimmung:

Der Vorschlag der Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen wird mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**, bei 3 Ja-Stimmen.

Antrag Fraktion DIE aNDERE

Abschnitt D

Änderungsvorschlag: Im Komplex (D) "Eintritt für den Park Sanssouci" soll als erste Frage gestellt werden:

Die SPSG hat angekündigt, bei Einführung eines pflichtigen Parkeintrittes 15 Nebeneingänge zum Park Sanssouci zuschließen. Sind Sie damit einverstanden?

- o Ja, ich bin mit Einschränkungen in der Zugänglichkeit des Parkes einverstanden.
- o Nein, der Park soll weiterhin an allen Stellen zugänglich sein.

Der Oberbürgermeister empfiehlt, diesen Vorschlag nicht zu übernehmen.

Abstimmung:

Der Vorschlag der Fraktion DIE aNDERE findet mit 7 Ja-Stimmen und bei 7 Nein-Stimmen keine Mehrheit und ist damit **abgelehnt**.

Antrag Fraktion DIE aNDERE

Abschnitt D

Änderungsvorschlag: 3. Hinter dem Komplex (D) "Eintritt für den Park Sanssouci" soll der zusätzliche Komplex "Eintritt für den BUGA Volkspark" eingefügt werden. Dieser soll entsprechend den Formulierungen in 11. - 14. gefasst werden.

Der Oberbürgermeister empfiehlt, diesen Vorschlag nicht zu übernehmen.

Abstimmung:

Der Vorschlag der Fraktion DIE aNDERE wird mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**.

Antrag Fraktion DIE aNDERE

allgemein

4. Die Nummerierung im Folgenden wird redaktionell angepasst.

5. Die Überschrift wird ergänzt "Bürger*innenumfrage zu den Welterbe-Parks und zum BUGA-Volkspark in Potsdam".

Der Oberbürgermeister empfiehlt, diesen Vorschlag nicht zu übernehmen.

Abstimmung:

Der Vorschlag der Fraktion DIE aNDERE wird mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**.

zu 5.3 1. Zwischenbericht zum Lokalen Teilhabeplan "Teilhabe für Alle!" der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 16/SVV/0296

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
+ alle Fachausschüsse und Ortsbeiräte

zurückgestellt

zu 5.4 Wirtschaftspläne 2016 der Unternehmen, an denen die Landeshauptstadt Potsdam mit mehr als 50 % beteiligt ist

Vorlage: 16/SVV/0298

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Sonstiges

Verständigung zur Großen Anfrage der Fraktion DIE aNDERE

Der Oberbürgermeister betont, dass die in der Großen Anfrage enthaltenen Fragen tendenziell nicht beantwortet werden. Die verspätete Ausreichung der Antwort hatte damit zu tun, dass die Verwaltung mit der Fraktion DIE aNDERE verhandelt habe, wie mit den Fragestellungen umgegangen werden könnte. Nun werde die Große Anfrage in der Juli-Sitzung wieder auf der Tagesordnung stehen, allerdings mit nicht mehr „Antwort“ als bereits ausgereicht wurde. Er betont auf Nachfrage, dass die Beantwortung in keinem Verhältnis zum Aufwand stehe und es nicht Aufgabe der Stadtverordneten sei, die geschlossenen Tarifverträge zu bewerten.